

TREND sprach exklusiv mit dem ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Thorsten Frei MdB** über ein mögliches Auseinanderbrechen der Ampelkoalition, ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm für den Mittelstand und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort.

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

– Herr Frei, Sie haben angesichts der zähen Entscheidung des Kanzlers zur Lieferung des Leopard-Panzers an die Ukraine wie auch Außenpolitiker Norbert Röttgen eine Jamaika-Koalition unter Friedrich Merz ins Spiel gebracht. Nun sollen doch zumindest 14 Leopard-Panzer an die Ukraine geliefert werden. Sehen Sie die Ampel trotzdem vor dem Aus?

Die gegenseitigen Anschuldigungen und schrillen Töne zwischen den Ampel-Parteien in der Panzerdebatte hinterlassen tiefe Gräben innerhalb der Koalition. Trotzdem: Der Machterhaltungstrieb hält die Ampel vermutlich bis auf Weiteres zusammen.

Es fehlt massiv an Liquidität. Nicht wenigen Betrieben droht das Aus. Was sagen Sie dem Mittelstand?

Erforderlich ist ein Sofortprogramm, das an zentralen Stellschrauben ansetzt, um den Unternehmen zu helfen. Wir brauchen neue Impulse für eine Erholung und für einen anhaltenden Aufschwung, indem auf der Grundlage eines soliden öffentlichen Haushalts einerseits weitere Wachstumsmöglichkeiten eröffnet und andererseits Zukunftsfelder gesichert und erschlossen werden. Wir müssen die Unternehmen in die Lage versetzen, mehr zu investieren, innovativ zu sein und Arbeitskräfte einzustellen. Die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes muss dringend erhöht werden.

„Mit unseren Konzepten würde das Land deutlich besser dastehen“

– Ist die Union für eine kurzfristige Regierungsübernahme gut aufgestellt?

Als größte Oppositionspartei stehen wir selbstverständlich jederzeit bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Mit unseren Konzepten würde das Land deutlich besser dastehen. Ich erinnere etwa an den vergangenen Spätsommer: Unser Papier für eine Gaspreisbremse lag da schon auf dem Tisch, als die Ampel-Regierung noch wertvolle Zeit mit der vermurksten Gas-Umlage von Wirtschaftsminister Habeck verplempert hat.

– Die Energiekrise hat vielen Unternehmen nach der Pandemie ein zweites Mal richtig ins Kontor geschlagen. Die Ampel geht mit der Gießkanne umher, aber der Wirtschaft, die schon lange unter den höchsten Energiepreisen der Welt leidet, hilft das wenig.

– Die Steuerbelastung für Personengesellschaften ist in Deutschland mit am höchsten. Die Bundesregierung hat zwar mit dem Optionsmodell eine rechtsformneutrale Besteuerung auf den Weg gebracht, aber mit Einzelunternehmen wie Gesellschaften bürgerlichen Rechts einen großen Anwenderkreis ausgeschlossen. Würden Sie die Wirtschaft entlasten? Und wenn ja, wie?

Die Folgen der Pandemie wirken nach, und die geopolitische Lage setzt uns allen zu. Gerade jetzt wäre es wichtig, mit einer wahren Turboabschreibung einen Wachstumsimpuls zu setzen. Dazu sollten Unternehmen die Möglichkeit erhalten, alle beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens noch stärker abschreiben zu können, als dies mit der bestehenden degressiven Abschreibung möglich ist. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Wagniskapital im Steuerrecht endlich



Foto: Tobias Koch

„Gerade jetzt wäre es wichtig, mit einer wahren Turboabschreibung einen Wachstumsimpuls zu setzen.“

– Bundesbauministerin Klara Geywitz hat jüngst verkündet, dass sie es auch in diesem Jahr nicht schaffen wird, 400.000 neue Wohnungen fertigzustellen. De facto werden es immer weniger, 2022 waren es gerade 250.000. Was würde die Union tun, um den dringend notwendigen Wohnraum zu schaffen?

Bauen, bauen, bauen! Immer höhere Baustandards und ständig neue Eingriffe der Ampel-Regierung stellen die Wirtschaftlichkeit des Bauens infrage. Wir stemmen uns gegen die Baukostenexplosion, indem wir kostentreibende bauliche und genehmigungsrechtliche Anforderungen senken und steuerliche Entlastungen prüfen. Um insbesondere Familien zu den eigenen vier Wänden zu verhelfen, fordern wir einen signifikanten Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer.

– Deutschland braucht mittlerweile nicht nur dringend Fachkräfte, sondern jetzt auch schon Arbeitskräfte in allen Bereichen von der Gastronomie bis zum Gesundheitswesen. Ihr Rezept?

Die Einwanderung von Fachkräften ist in unserem Sinne. Im Niedriglohnsektor müssen wir aber vor allen Dingen das heimische Arbeitskräftepotential besser aktivieren. Wir haben rund 2,4 Millionen Arbeitslose, von denen bestimmt die Hälfte sofort im Arbeitsmarkt unterzubringen wäre. Dafür müssen aber die richtigen Anreize geschaffen werden. Das Bürgergeld etwa geht genau in die falsche Richtung.

– Wie beurteilen Sie die Migrationspolitik der Bundesregierung?

Wir sind auf einem Irrweg unterwegs, für den es im übrigen Europa wenig Verständnis gibt. Die Bundesregierung verwischt die Grenzen des Migrationsrechts und unterscheidet nicht sauber zwischen geregelter und qualifizierter Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, humanitärem Asyl und illegaler Einwanderung. Für die letztgenannte Gruppe sind wir aufgrund umfangreicher Sozialleistungen und einer dysfunktionalen Rückführungspraxis leider besonders attraktiv. Im Bereich des humanitären Asyls sind die Kapazitätsgrenzen und Grenzen unserer Integrationskraft zunehmend erreicht. Im Gegensatz zu allen anderen EU-Staaten setzt die Ampel hier keinerlei Stopp-Signale. Auf der anderen Seite dürften für viele hochqualifizierte Zuwanderer die bürokratischen Hürden und die hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland abschreckend wirken. Die Ampel bleibt leider vernünftige Antworten schuldig. □

verbessert werden, um bei Forschung, Entwicklung und Innovation voranzukommen. Ganz grundsätzlich: Ertragsteuern, Verbrauchsteuern und Substanzsteuern müssen konsequent auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit getrimmt werden.

– Die Ampelkoalition arbeitet an immer neuen bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft. Stichwort Lieferkettengesetz. Wie würde die Union mit dem Thema umgehen?

Wir haben im Dezember einen Antrag mit dem Ziel in den Bundestag eingebracht, den Start des Gesetzes um zwei Jahre zu verschieben. Bis dahin würden wir an den Grundlagen für eine möglichst bürokratiearme praktische Umsetzung des Gesetzes arbeiten. Jetzt ist schlicht nicht die Zeit, Unternehmen zusätzlich zu belasten.

– Die großen Zukunftsthemen heißen Klimaneutralität und Digitalisierung. Was hat die Union hier in petto? Steht sie für weitere Zukunftsthemen?

Ohne Klimaschutz mit dem Ziel der Klimaneutralität bleibt unsere Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Umgekehrt gibt es aber auch keinen nachhaltigen Klimaschutz ohne eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Das verkennen die Grünen mit ihrem Askese-Überbietungswettbewerb. Wir setzen deshalb auf Wettbewerb und marktwirtschaftliche Anreize, statt einseitig auf Verbote und übermäßige Regulierung.